

THEMA AM SAMSTAG: STREITGESPRÄCH ÜBER DIE GASPREISE IN NEUSTADT

„Ein Drittel zu hoch“ oder „marktgerecht“?

Die Gaspreis-Initiative Neustadt wirft den Stadtwerken seit längerem eine unlautere Preispolitik und Abzocke der Kunden vor. Deren Vertreter weisen die Vorwürfe entschieden zurück. Die letzte Preiserhöhung war am 1. Oktober. Wir haben Dietmar Knupfer, Sprecher der Initiative, und Klaus Wolff, Geschäftsführer der Stadtwerke, an einen Tisch geholt. Angenähert haben sich beide bei dem Streitgespräch nicht.



„Wir müssen weiter Gewinne machen“, sagt Klaus Wolff, 56. Er ist seit 1991 Geschäftsführer der Stadtwerke Neustadt. FOTO: LM



Immer teurer: der Bezug von Erdgas für die Wärme daheim. FOTO: LM



„Die Stadtwerke rücken mit der Wahrheit nicht raus“, sagt Dietmar Knupfer, 72, Sprecher der Gaspreisinitiative Neustadt. FOTO: LM

Herr Knupfer, werden die Neustadter Gaskunden von den Stadtwerken über den Tisch gezogen?

Knupfer: Ja, ganz eindeutig.

Warum?

Knupfer: Weil die Gaspreise bei den Stadtwerken hier und in ganz Deutschland ein Drittel zu hoch sind.

Herr Wolff, was sagen Sie dazu?

Wolff: Es gibt regionale Unterschiede. Aber wir sind mit am günstigsten, wie das auch in den Publikationen der Kartellbehörden einsehbar ist. Sie sehen an unserem Ergebnis, dass die Kunden hier nicht über den Tisch gezogen werden. Wir bieten Preise, die marktgerecht sind.

Herr Knupfer, was genau werfen Sie den Stadtwerken vor? Wo ist dieses Drittel zu viel bei den Gaspreisen?

Knupfer: 2004 gab es einen Preis, der lag bei 3,2 Cent pro Kilowattstunde, und der ist zur damaligen Zeit von Fachleuten als gerecht bezeichnet worden. In der Zwischenzeit sind die Preise immer weiter nach oben geklettert. Bei den jetzigen Erhöhungen, die wir seit 1. Oktober in Neustadt zu verkraften haben, steigen die Gaspreise im Verhältnis zum Anstieg der Importpreise in Deutschland um das Doppelte.

Herr Wolff, stimmt das?

Wolff: Es waren eindeutige Preiserhöhungen da, die sich nicht leugnen lassen. Der Gas- ist nun mal an den Ölpreis gekoppelt. Wir haben nur unsere gestiegenen Einkaufspreise, die wir von unserem Vorlieferanten bekommen haben, an unsere Gaskunden weitergegeben, dies aber nicht einmal in voller Höhe.

Und das bezweifelt die Initiative?

Knupfer: Wir können es nicht überprüfen. Unser großes Problem ist folgendes: Wenn uns die Stadtwerke mal für einen Tag ihre Kalkulationsunterlagen zur Verfügung stellen würden, damit wir das prüfen könnten, was uns erzählt wird, könnten wir das kontrollieren. Aber so rücken die Stadtwerke mit der Wahrheit einfach nicht heraus.

Herr Wolff, wäre die Herausgabe dieser Unterlagen möglich bei einem Unternehmen in teils öffentlicher Hand?

Wolff: Ich würde und werde dies nicht tun, weil diese Unterlagen Betriebsgeheimnisse beinhalten, wir haben ja auch Konkurrenten. Wir werden den Gasbezugspreis sicher nicht im Internet bekanntgeben. Aber wir haben eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, uns zu bestätigen, dass wir lediglich die Preiserhöhungen unserer Vorlieferanten weitergegeben haben, beziehungsweise sogar nicht komplett weitergegeben haben. Diese Gesellschaft ist staatlich anerkannt. Wenn sie falsch urteilen würde, dann würde sie sich strafbar machen.

Warum geben Sie sich damit nicht zufrieden, Herr Knupfer?

Knupfer: Weil sicher auch Herrn

Wolff bekannt ist, dass die betreffende Prüfungsgesellschaft Wibera auch in Schifferstadt geprüft hat (eine falsche Behauptung, siehe Anmerkung der Redaktion), und da ist einer der Geschäftsführer vor einiger Zeit wegen Unterschlagung größerer Summen angeklagt worden. Wenn Herr Wolff die Wibera erwähnt, dann kann ich nur müde lächeln.

Wolff: Damit zweifeln Sie die Wahrheitsfindung durch die Wibera an.

Knupfer: Das kann ich nicht beweisen.

Wolff: Deshalb wäre es so einfach, Herr Wolff, wenn Sie ihre Unterlagen auf den Tisch legen. Dann ist die ganze Diskussion sofort beendet.

Wolff: Uns kann gerne eine zweite Prüfungsgesellschaft überprüfen. Damit habe ich kein Problem. Wenn Herr Knupfer sagt, die Wibera sei nicht seriös, dann nehmen wir eine

überlegt, wir gehen doch gegen die Stadtwerke vor.

Knupfer: Ich kann mich nicht erinnern, jemals mein Einverständnis zur Art der Kalkulation der Stadtwerke gegeben zu haben. Das muss ein Missverständnis sein, Herr Wolff. Wir haben nach unserer Gründung beschlossen, uns bei den Stadtwerken vorzustellen, bevor wir an die Öffentlichkeit gehen. Und dabei ist über Gaspreise gesprochen worden.

Herr Knupfer, wer steht denn hinter Ihrer Gruppe?

Knupfer: Im Laufe der Zeit hat sich ein Kern von 20 aktiven Mitstreitern gebildet, der sich einmal im Monat trifft. Wir tauschen uns aus und informieren uns über neue Entwicklungen in Presse, Funk und Fernsehen. Und wir informieren die Bürger seriös an Infoständen in der Fußgängerzone. Wir sind jedenfalls keine Revo-

lutionen, dass alles, was wir tun und sagen, belegt sein muss. Wir greifen im Gegensatz zu anderen Leuten niemand polemisch an. Was wir ganz deutlich sagen, ist, dass wir die Preise als zu hoch empfinden. Das hat mit Polemik nichts zu tun. Wir sind der Ansicht, dass Neustadt die Stadtwerke braucht. Wir sind dagegen, dass ein fremder Lieferant hierher kommt und die Stadtwerke betreibt. Nach unserem Verständnis gehören Stadtwerke originär zu Städten, sie müssen von dort aus gesteuert und dürfen nicht fremdbestimmt werden. Wir wollen keine Firma XY hier, die anordnet, wie Gas zu verteilen ist. Das wissen die Stadtwerke besser.

Sie kritisieren auch den juristisch unstrittenen steuerlichen Querverbund, der es ermöglicht, Gewinne der Stadtwerke innerhalb der Stadt zu transferieren, um woanders Löcher zu stop-

fen. Sind die Stadtwerke nicht gerade deswegen wichtig für die Stadt?

Knupfer: Die Stadtwerke können nicht durch überhöhte Gebühren von einem Teil der Bürger Kosten einfordern, die dann für die Allgemeinheit ausgegeben werden. Wir als Energiekunden zahlen durch diesen Querverbund ein Mehr an Gebühren. Dieses Geld wird für ganz andere Dinge ausgegeben. Wir sehen ein, dass die Stadt Geld braucht, aber es den Gaskunden zu nehmen, um die Bedürfnisse der anderen zu decken, das sehen wir nicht ein. Etwas möchte ich Herrn Wolff fragen: Warum ist aus dem Eigenbetrieb eigentlich eine GmbH geworden?

Wolff: Um steuerliche Verrechnungsmöglichkeiten zu nutzen.

Knupfer: Da haben wir es.

Wolff: Wir führen unseren Gewinn nach oben ab, also an die Gesellschafter der Stadtwerke Neustadt. Zuletzt waren dies 2,49 Millionen Euro. Was die Stadt damit macht, ist ihre Sache. Und was die Pfalzwerke damit machen, ist Sache der Pfalzwerke.

Knupfer: Früher haben die Eigenbetriebe die Kosten auf die Bürger umgelegt, es gab keine Gewinne. Das war vernünftig. Warum müssen heu-

te die Dinge so betrieben werden, dass wir eine GmbH haben und Gewinne gemacht werden müssen?

Wolff: Weil die Kommune dazu verpflichtet ist – per Gesetz und per Gemeindeordnung: Gewinne zu machen, Kosten zu decken und eine marktübliche Verzinsung zu erreichen.

Knupfer: Stimmt nicht ganz: Sie sollen, sie müssen nicht.

Die Initiative bleibt hartnäckig. Herr Wolff, bemerken sie denn, dass die Stimmung generell unter den Kunden nach den immensen Preissteigerungen zuletzt rauer geworden ist?

Wolff: Es sind immer die Gleichen, die die Preise monieren. Wir haben seit 2005/06 etwa 280 Briefe bekommen von Kunden, die sich über die Preise beschwert haben. Wir bemerken ein erhöhtes Telefonaufkommen und einen erhöhten Informationsbedarf, wenn wir Preisänderungen bekanntgeben. Darauf reagieren wir mit mehr Personal, das sich darum kümmert. Bei der letzten Preiserhöhung hatten wir täglich 100 bis 150 telefonische Beratungsgespräche. Durch eine kostenlose Nummer, die wir beantragt haben, wollen wir noch kundenfreundlicher werden.

Knupfer: Sie untertreiben ein bisschen. Wir haben über 1400 Unterschriften von Leuten gesammelt, die sagen, dass die Gaspreise zu hoch sind. 70 bis 80 Prozent der Bürger wären der gleichen Meinung, wenn man eine Umfrage machen würde.

Wolff: Wenn ich jemand mit diesem Thema konfrontiere, wird jeder sagen, der Preis ist zu hoch. Jeder wird auch sagen, die Benzin- und Lebensmittelpreise sind zu hoch. Ich glaube nicht, dass sich der Bürger von uns über den Tisch gezogen fühlt. Das ist zwar nicht belegbar, aber ich glaube, unsere Kunden sind zufrieden.

Knupfer: Wir haben bereits neun Informationsaktionen in der Stadt durchgeführt. Wenn Sie bei uns Mäuschen gespielt hätten, dann würden Sie anders reden.

Wolff: Wir hatten auch schon Informationsstände in der Fußgängerzone, sogar am selben Tag wie die Gaspreisinitiative. Da war die Reaktion der Kunden uns gegenüber sehr positiv.

Die Fronten scheinen jedenfalls verhärtet. Zum Abschluss, Herr Knupfer, Herr Wolff: Was haben Sie aus diesem Gespräch gelernt?

Knupfer: Dass die Stadtwerke weiter ihre Politik verfolgen und uns ihre entsprechenden Unterlagen nicht zur Verfügung stellen. Da bleibt uns keine andere Möglichkeit, als auf unserem Kurs zu beharren. Wir werden auch in Zukunft unterschiedliche Ansichten vertreten und damit leben müssen.

Was haben Sie gelernt, Herr Wolff?

Wolff: Dass wir bei der Gaspreisinitiative auf taube Ohren stoßen. Fakt ist: Wir müssen weiter Gewinne machen, ansonsten sind die Stadtwerke in der Zukunft nicht existenzfähig. DAS GESPRÄCH FÜHRTEN STEFFEN GIERESCHER & PATRICK SEILER

HINTERGRUND

Die Stadtwerke: Neustadts Versorger

Mit mehr als 700 Kilometer Stromkabel, 200 Kilometer Erdgasleitungen und 380 Kilometer Wasserleitungen versorgen die Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH den Stadtkern und alle Ortsteile mit Energie und Wasser. Ihre Abgabemengen im Jahr 2006: 163 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom, 560 Millionen kWh Gas, 20 Millionen kWh Wärme und 3,4 Millionen Kubikmeter Wasser. Die Werke beschäftigen 150 Mitarbeiter und werden von den Geschäftsführern Klaus Wolff und Balthasar Weitzel geleitet. Ihre Geschichte ist eng mit der Stadtentwicklung verbunden: 1860 wurde die Gasanstalt Neustadt gegründet, 1886 ging das Gaswerk in den Besitz der Stadt über. 1990 erfolgte die Umwandlung in eine GmbH, 1997 der Einstieg der Pfalzwerke AG als Mitgesellschafter mit einem Anteil von 24,9 Prozent, an die wie an die städtische Tourist, Kongress und Saalbau GmbH Gewinne abgeführt werden. Die Stadtwerke betreiben außerdem das Stadionbad. Ihre Internetadresse: www.stadtwerkeneustadt.de (pse)

Initiative Gaspreise: Der Kontrahent

Die „Initiative Gaspreise SWN“ besteht aus rund 20 Neustadtern, die sich im März 2006 aus Sorge über die steigenden Gaspreise zusammengesetzt haben. Sie erachtet die Preis- und Informationspolitik der Stadtwerke als „verbraucherfeindlich“, will sie kritisch beleuchten und ihre Erkenntnisse an die Öffentlichkeit weitergeben. Die Initiative, deren Sprecher der Königsbacher Diplom-Ingenieur Dietmar Knupfer ist, bezeichnet sich als „weder parteipolitisch noch ideologisch festgelegt“. Sie ist auch nicht als Verein organisiert. Einen Fall im direkten Miteinander nimmt sie den Stadtwerken besonders übel: Diese hätten ein früheres Mitglied der Initiative, das an seiner Arbeitsstelle in Neustadt über die Initiative informiert habe, bei dessen Arbeitgeber gemeldet – und dem Mitglied damit massive Nachteile eingebrockt, wie Knupfer kritisiert. Die Internetadresse der monatlich zu Treffen einladenden Initiative: www.initiative-gaspreise-swn.de (pse)

Nils erklärt: Schwimmen wird bezuschusst



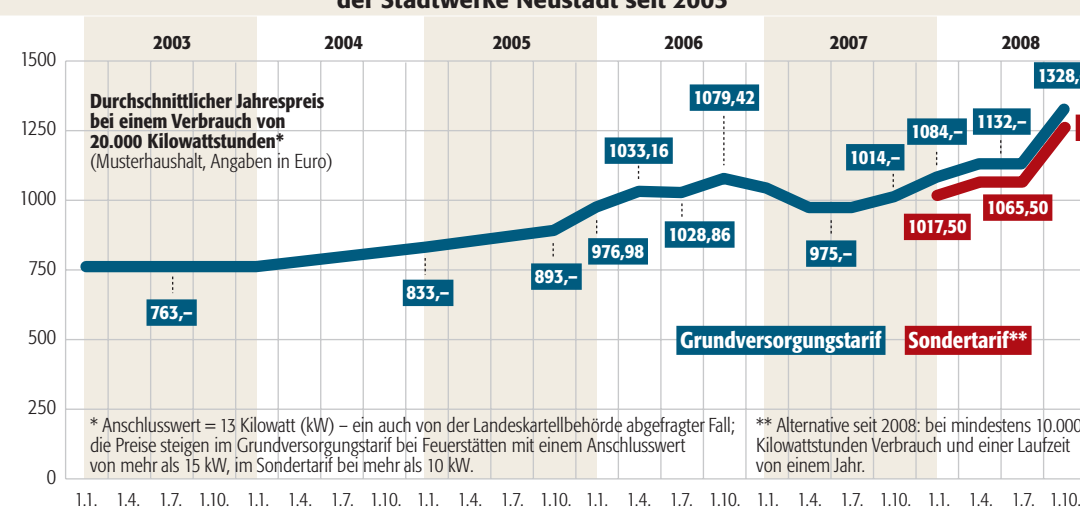
Kennt Ihr das Stadionbad in Neustadt? Es ist nicht gerade billig, die Becken zu füllen und zu beheizen, zweimal jährlich die Traglufthalle „Moby Dick“ aufzubauen, die Grünanlagen zu pflegen und Bademeister zu bezahlen. Die Eintrittsgelder alleine würden dafür in Neustadt nicht ausreichen. Bezahlen können die Stadtwerke ihr Schwimmbad trotzdem, weil sie bei ihrer anderen Arbeit, dem Verkaufen von Strom und Gas, Gewinne machen. Wenn sie von diesen Gewinnen die Verluste beim Stadionbad abziehen, müssen sie weniger Steuern an den Staat zahlen. Das heißt „steuerlicher Querverbund“. Ohne diesen Ausgleich wäre der Eintritt ins Stadionbad teurer, sagen die Stadtwerke. Aber die Gaspreise wären billiger, sagt die Initiative Gaspreise, die diese Verbindung kritisiert. (pse)

ANMERKUNG DER REDAKTION

Die im Streitgespräch von Dietmar Knupfer, Sprecher der Gaspreis-Initiative, getroffene Behauptung, die Wirtschaftsberatung AG (Wibera) habe die Stadtwerke Schifferstadt geprüft, ist falsch. Das haben Recherchen der RHEINPFALZ im Nachklang zum Interview ergeben. Die Wibera steht damit auch in keinster Weise im Zusammenhang mit den Vergehen des früheren Leiters der Stadtwerke Schifferstadt. Im August wurde der 48-Jährige – wie berichtet – von der I. Großen Strafkammer des Landgerichts Frankenthal wegen vielfachen Betrugs, Urkundenfälschung und Untreue zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Aus presserechtlichen Gründen distanziert sich die RHEINPFALZ ausdrücklich von besagter Aussage Knupfers. (rhp)

ENTWICKLUNG DES GASPREISES

der Stadtwerke Neustadt seit 2003



andere, nur muss dann die Gaspreisinitiative diese auch bezahlen. Diese Gesellschaft müsste sich allerdings verpflichten, die Betriebsgeheimnisse nicht weiterzugeben. Sie könnte bestätigen, dass Preiserhöhungen und -senkungen von uns weitergegeben wurden. Die interne Kalkulation kann sie nicht offenlegen. Das geht nicht.

Herr Wolff, können Sie denn prinzipiell damit leben, dass sich Neustadter in einer Initiative zusammenschließen und Ihre Unternehmenspolitik kritisch unter die Lupe nehmen?

Wolff: Wir können und müssen damit leben. Es gab auch schon vielfältige Kontakte. Als die erste Gaspreiswelle kam, waren Vertreter der Initiative bei uns, auch Herr Knupfer. Da habe ich auch dargelegt, wie der Gaspreis zustande kommt. Das Ergebnis war, dass Herr Knupfer zu mir gesagt hat, da wissen wir ja gar nicht, was wir bei der ersten Versammlung der Initiative sagen sollen. Das war seine erste Reaktion. Es war offensichtlich ein Verständnis da, wie die Gaspreisbildung in Neustadt aussieht, dies wurde dann halt ad acta gelegt. Bei einem späteren Treffen hat Herr Knupfer gesagt: Wir haben es uns

luzzer, wie man uns das gerne in gewissen Kreisen unterstellt.

Woher beziehen Sie Ihr Fachwissen?

Knupfer: Unser Wissen bekommen wir hauptsächlich vom Bund der Energieverbraucher, der 12.000 Mitglieder hat. Er ist unabhängig und ein bundesweit tätiger Privatverein zum Schutz der Interessen von Verbrauchern bei der Energieversorgung. Er finanziert sich nur durch die Beiträge der Mitglieder. Der Verein vertritt unsere Interessen gegenüber der Politik und den großen Energieversorgern.

Herr Wolff, reicht das Ihrer Ansicht nach als Basiswissen aus, um in dem komplexen Gebiet mitzureden?

Wolff: Es kommt darauf an, ob man die erworbenen Kenntnisse fundiert oder polemisch einsetzt.

Ihrer Meinung nach setzt die Initiative ihr Wissen polemisch ein?

Wolff: Ja.

Knupfer: Wir sind nicht polemisch. Jede Zahl, die von uns veröffentlicht wird, ist geprüft und richtig. Davon können Sie ausgehen, Herr Wolff. Wir haben uns in unsere Statuten ge-